



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. Mai 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

B 112 Umwandlung der Realkorporation Ostergau in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Daniel Gasser.
Daniel Gasser: Die Botschaft B 112 beinhaltet einmal mehr die Umwandlung einer Korporation in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft. Die SPK hat die vorliegende Botschaft B 112 an ihrer Sitzung vom 18. April 2018 behandelt. Die Kommission ist einstimmig darauf eingetreten und hat der Botschaft in der Schlussabstimmung mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt. Gemäss dem neuen Korporationsgesetz von 2013 bedürfen Umwandlungen, Aufhebungen und Vereinigungen von Korporationen der Genehmigung durch den Kantonsrat. Wie bereits einige Male in den letzten Jahren wird eine Korporation in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft umgewandelt. Dies führt zu Vereinfachungen in den formellen Anforderungen. Die Umwandlung ist möglich für Korporationen, bei denen der Organisationsaufwand und das Korporationsvermögen in einem offenbaren Missverhältnis stehen. Dies ist bei der Realkorporation Ostergau der Fall. Da die Stimmberechtigten der Korporation der Umwandlung bereits zugestimmt haben, geht es heute lediglich noch um die Genehmigung durch den Kantonsrat. Die SPK hat der Botschaft B 112 einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt. Wir bitten Sie, der Botschaft B 112 zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Umwandlung der Realkorporation Ostergau in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 102 zu 0 Stimmen zu.